

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
 Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
 Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Vorsch,
 Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gespaltene Petit-
 Zeile 30 Pfg.
 Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
 Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 1.

Berlin, den 13. Januar 1901.

5. Jahrg.

Achtung, Verbandskollegen!

Die 1. General-Versammlung unseres Verbandes beschloß eine Krankengeldzuschuß-Kasse ins Leben zu rufen. Dieselbe tritt nun mit dem 1. Februar d. Js. ins Leben, nachdem durch die erfolgte Urabstimmung die unterbreitete Vorlage mit großer Majorität angenommen wurde.

Das Eintrittsgeld für die Krankengeldzuschuß-Kasse beträgt 0,50 Mk., der wöchentliche Beitrag in der I. Klasse 10 Pfg., in der II. Klasse 20 Pfg., in der III. Klasse 30 Pfg.

Dafür wird folgende Unterstützung gewährt:
 Für die Mitglieder der I. Klasse 3 Mk. pro Woche
 " " " II. " " 6 " " "
 " " " III. " " 9 " " "

Die genannten Unterstützungssätze werden im ersten Jahre der Mitgliedschaft für 13 Wochen, im zweiten Jahre für 20 und im dritten Jahre für 26 Wochen gewährt.

Ueber die anderen statutarischen Bestimmungen bitten wir die Nr. 19 der „Gewerkschaft“ vom vorigen Jahre nachzusehen zu wollen.

Den Filial-Vorständen werden in den nächsten Tagen Aufnahme-Formulare zugestellt werden.

Diejenigen Verbandskollegen, welche der Krankengeld-Zuschuß-Kasse beitreten wollen, müssen sich dieserhalb an ihre Filial-Vorstände wenden, welche die Aufnahme zu vollziehen haben.

Der Verbands-Vorstand.

Der Stand der deutschen Konsum-Gesellschaftsbewegung.

Eine genaue Uebersicht der deutschen Konsum-Gesellschaftsbewegung, wie denn auch der deutschen Genossenschaftsbewegung überhaupt zu geben, ist nicht möglich, da es an einer ausreichenden amtlichen Statistik fehlt. Soweit eine eingehende Statistik vorhanden ist, verdanken wir sie der freien Zeitschrift der Genossenschaftsverbände. Selbst das Statistische Jahrbuch des deutschen Reiches für 1900* gibt unter d. r. Rubrik Genossenschaftswesen nur ganz kurze Mitteilungen, die den Verbänden, des Allgemeinen Verbandes der aut. Selbsthilfe betreibenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und des Allgemeinen Verbandes der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften entnommen sind.

Bei d. r. Aufstellung einer Uebersicht über den Stand der deutschen Konsum-Gesellschaftsbewegung sind wir in erster Linie auf das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angewiesen. Eine wertvolle Ergänzung gibt eine von der sächsischen Umlagesteuer-Kommission angefertigte Statistik über den Stand der sächsischen Konsum-Gesellschaftsbewegung. Die Statistik befindet sich in der von der Umlagesteuer-Kommission Anfang dieses Jahres herausgegebenen Broschüre: Zur Umlagesteuerfrage in Sachsen.

Nach den Listen des Allgemeinen Verbandes bestanden in Deutschland am 31. März d. Js. 1404 Konsum-Gesellschaften. Davon gebieten dem Allgemeinen Verbande 583, dem Verbands sächsischer Konsumvereine „Vorwärts“ 46 und einem Revisionenverband im Regierungsbezirk Trier 14 Genossenschaften an. Zu den Listen des Allgemeinen Verbandes berichteten 534 Vereine mit 468 992 Mitgliedern. Der Umlage betrug im Jahre 1899

115 1/2 Millionen Mk. und der erzielte Reingewinn 11 1/2 Millionen Mk. Die Zahl der nicht zum Allgemeinen Verbande gehörenden Konsumvereine des Reiches beträgt, wenn wir die Ziffern des Verbandes sächsischer Konsumvereine von denen der Großhändler-Umlagesteuerfrage* subtrahieren, 158 (einschließlich der 46 Revisionen des Revisionenverbandes „Vorwärts“), die Mitgliederzahl 91 916, der Umlage 29 Millionen Mk. und der Reingewinn 3 1/2 Millionen Mk. Das ergibt zusammen 692 Vereine mit 561 000 Mitgliedern, 144 Millionen Mk. Umlage und 15 Millionen Mk. Reingewinn.

In diese beiden Statistiken sind mit wenigen Ausnahmen alle größeren deutschen Konsumvereine eingeschlossen. Es ist daher nicht zulässig, für die verbleibenden 712 Vereine, über die statistisches Material nicht vorliegende, aus einer Durchschnittsberechnung gewonnene entsprechende Ziffern einzusetzen. Andererseits dürfen wir verband im Regierungsbezirk Trier Vereine angehören, die bis zu einer Million Mk. Umlage haben. Ein Hamburger Verein, der keinem Verbands angehört, die Neue Gesellschaft zur Vertretung von Lebensbedürfnissen von 1886 wird in diesem Jahre einen Umlage von rund drei Millionen Mk. haben. Große Umlagen haben ferner manche Beamtenkonsumvereine, die ebenfalls nicht berichten.

Wir schätzen demnach, daß die deutschen Konsumvereine mindestens 800 000 Mitglieder, 200 Millionen Mk. Umlage und 20 Millionen Mk. Reingewinn, höchstens 1 Million Mitglieder, 250 Millionen Mk. Umlage und 25 Millionen Mk. Reingewinn haben. Die Mindestziffern giebt auch Herr G. Zell, der jetzige Geschäftsführer der Großhändlergesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, früher Leiter des Konsumvereins „Völgel-Platz“, im vorliegenden Geschäftsbericht: „Es ist zu bemerken, die Höchstziffern bringt Herr H. E. Mau in seinem neuesten Werk: Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. (Madenischer Verlag für soziale Wissenschaften, Dr. John Edelheim u. Co., Berlin, Bern, Leipzig.)

Die 20-25 Millionen Mk. Reingewinn, welche die deutschen Konsumgenossenschaften erzielen, sind gewonnen durch die Organisation des Konsums, durch die Ausschaltung von Zwischengliedern und Händlergewinn. Diese gewaltige Summe, die sonst in die Taschen der Klein- und Großhändler fließen würde, kommt jetzt den Konsumenten zu gute. Wichtig ist unseres Erachtens noch, daß die organisierten Konsumenten, d. h. die Mitglieder der Genossenschaften durch ihren Einfluß auf die Verwaltungen sicher sind, reine und unverfälschte Waaren preiswürdig in guter Qualität und vollem Gewicht zu erhalten.

Für die Arbeiterklasse kommt ferner in Frage, daß die Konsumvereine einer großen Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen lobenden Verdienst, feste Arbeitsplätze und in der Verfolgung ihrer speziellen Klasseninteressen volle Freiheit bieten. Nach der Statistik der sächsischen Umlagesteuer-Kommission kommen auf 1 Million Mark Umlage 48 männliche und 9 weibliche Angehörte und Arbeiter. In den deutschen Konsumgenossenschaften sind daher heute schon mindestens 10-12 000 männliche und 2000 weibliche Personen beschäftigt. Diese Ziffern werden sich ganz beträchtlich, nicht nur absolut, sondern auch relativ erhöhen, sobald die deutschen Konsumvereine und ihre Großhändlergesellschaft durch das Interesse der Konsumenten und die Organisation des Konsums in der Lage sind, in weiteren Umsänge zur Produktionsüberzeugung.

Ein Vorschlag über die moderne Arbeiterbewegung.

Allmählig mehren sich die Fälle, daß auch Pastoren sich unbefangenen mit der modernen Arbeiterbewegung beschäftigen. Zu diesen Beispielen gehört Herr Pastor Dr. A. D. Th. W. W. in St. V. in Hannover, Provinz Hannover, der in einem 80 Seiten starken Büchlein sich an die Beantwortung der Frage: „Was liegt der deutsche Arbeiter?“ heranmacht. Ein Bild über das Verhältniß des modernen Industriearbeiters, das Herr Pfannkuche sich durch Fragebogen zu verschaffen gedachte, ist er sowohl an öffentliche Bibliotheken, soweit sie ohne Umstände auch den nichtprivilegierten Bevölkerungsklassen zugänglich

* Was liegt der deutsche Arbeiter? Auf Grund einer Enquete beantwortet von Dr. A. D. Th. W. W. Pfannkuche, Pastor in St. V., Hannover. Tübingen und Leipzig. Verlag von J. C. B. Mohr.

lich sind, als auch an solche Arbeitervereine, die eine Bibliothek ihr Eigen nennen, verandt hat. Ebenso hat Herr Pfannkuche die Unternehmern befragt, welche eine Fabrikbibliothek errichtet hatten.

Sehr fragwürdig ist der Werth der letzteren, weil die Unternehmer vielfach bedeutliche Zwecke mit ihnen verbinden. Nicht allein, daß mit wohl alleiniger Ausnahme der Preussischen Bibliothek in Berlin, sozialistische Literatur streng in ihnen verpönt ist, beliebt in die Unternehmer ihre Arbeiter auch dadurch, daß sie, wie die Kugelsburger Kammgarnspinner zum Beispiel, ihnen jammervolle Schmäher, Krimelbeine und afterpatriotische Schriften von Horn, Riery, Wilsoermuth und Frommel vorlegen.

Eingehend befragt Dr. Pfannkuche sich mit dem Verhältniß der Industriearbeiter, soweit sie vom Sozialismus irgendwie berührt sind. D. r. Verfasser ist unbefangenen genug, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als die Elite der deutschen Arbeiterklasse zu bezeichnen. Nicht selten erhielt er zwar auf seine Anfrage auch von dieser Stelle die Antwort, daß das Verhältniß noch ungenügend entwickelt sei, doch waren die Gemeindeführer vielfach der Meinung, daß die Ursache im geringen Umfang der Bibliothek liege; auch fehlt es nicht an Beispielen dafür, daß sich die Lust am Lesen lebender wie unterhaltender Literatur der besseren Art fort und fort, nachdem sich mehrere Bibliotheken vereinigt hatten oder auch öffentliche Bibliotheken größeren Stills gegründet und den Arbeitern bequemer zugänglich gemacht waren.

Sehr interessant ist eine statistische Tabelle in dem Büchlein. Sie zeigt die Bücherentlehnungen aus 37 Bibliotheken zusammen, welche ausschließlich Arbeiterorganisationen angehören. Es sind dies Bibliotheken von Sektionen des Buchbinderverbandes, vereinigte Gewerkschaftsbibliotheken, Bibliotheken sozialdemokratischer Verbände, u. s. w. u. a. und endlich Bibliotheken der hauptberuflichen Gewerkschaften, so der Metallarbeiter, Buchbinder, Bildhauer, Holzarbeiter u. s. w.

Der gesammte Bücherbestand dieser 37 Vereine betrug 31 805 Bände, die 5722 Mal ausgeliehen wurden. Die Gesamtzahl der Mitglieder stellte sich auf 24 615, die der Leser von 33 Vereinen auf 3982. Durchschnittlich wurde jeder Band 1,64 Mal ausgeliehen der Prozentzahl der Leser betrug bei 33 Vereinen 24,5; auf einen Leser entfallen 5,9 ausgeliehene Bände. Ihrem Inhalt nach theilt der Verfasser die Bücher in solche bei-treffenden Inhalts und in solche, die der schönen Literatur zuzurechnen sind. Von den Schriftstellern der letzteren Kategorie wurde am meisten Zola bevorzugt, dann folgen Zola, Maritt, Gerhäuser, Heine und Spielhagen. An erster Stelle steht G. Hauptmann, an zweiter Stelle, an fünfzehnter Sudermann, an sechzehnter Schiller. Unter den Büchern betreffenden Inhalts wurde am meisten Hebel's „Frau“ gelesen. Mit Recht regt der Verfasser sich darüber auf, daß an zweiter Stelle Gorki's „Hoffnung“ steht, ein recht minderwertiges Buch, dessen Inhalt wohl in der breiten Schürung der von römischen Briefstern bezugenen Unsitlichkeiten besteht. Weiter folgen in der Reihe Valente's Schriften, Schriften über Darwinismus, Was französische Revolution, Zimmermann's Auerhahn, Dornell's Geschichte der Erde, Kautsk's Naturtheorie, an fünfzehnter, Kautsk's Erörterungsprogramm an vierzehnter, Marx Kapital an funfund-dreißigster.

Es wird den Sozialpädagogen wie auch der Arbeiter-schaft nicht schwer fallen, aus diesen Daten ihre Schlüsse zu ziehen. Namentlich, soweit die schöne Literatur in Betracht kommt, muß konstatirt werden, daß der Geschmack der Leser noch mancher Ausbildung bedarf.

An verschiedenen Beispielen führt Herr Dr. Pfannkuche an, wie das Verhältniß gebildet werden kann. Nicht allein, daß namentlich bei öffentlichen Bibliotheken bürokratische Einrichtungen und ungenügende Anstalten einer regen Benutzung im Wege sind, auch Augenblicke, wie schlechter Druck, schlechte Einbände der Bücher, bilden ein Hinderniß.

Interessant und die Schlüsse, die der Verfasser aus seiner dankenswerthen Arbeit zieht. Er konstatirt, daß das Verlangen nach geistiger Fortbildung in den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse ein sehr hohes ist, ein un-erwartet hohes als z. B. in den Schichten der Handwerker und der kleinen Gewerbetreibenden. Den Werth der sogenannten Volksbibliotheken schätzt Herr Dr. Pfannkuche gering an, da die geringe Bodenlage der von der modernen Arbeiterklasse am meisten begehrten Bücher die Darbietungen dieser ja auch von der Stadt Berlin früher als vernachlässigten Anstalten der Weitem übertrag.

Auf die Frage, welche Gruppen der Arbeiterklasse das größte Les- und Bildungsinteresse haben, antwortet der

Verfasser: „Diejenigen, welche den höchsten Lohn, die kürzeste Arbeitszeit und die beste Organisation haben“. Und weiter: „Ueber je mehr freie Zeit der Arbeiter verfügt, um so mehr wendet er sich bildender Lektüre zu, wobei natürlich Voraussetzung ist, daß ihm solche bildende Lektüre in ausreichender Weise geboten wird.“ Unbedenklich stimmen wir Herrn Dr. Fianntsch zu, wenn er für eine gewisse Tendenzlosigkeit der Bibliotheken eintritt und jede Bevormundung der Arbeiter verwirft. Allerdings sollte der Verfasser bedenken, daß es für die Bewahrung einer erst im Werden begriffenen Arbeiterbibliothek das Nächstliegende ist, den Lesern die vorgeschrittenen sozialistische Literatur und die modernen Schriftsteller sowie die Klassiker zu bieten; bei entsprechender Vergrößerung der Bibliothek aber halten wir die Anschaffung von Werken der hervorragenden bürgerlichen Nationalökonomien zum Beispiel für ganz selbstverständlich.

Dringend empfiehlt der Verfasser den Beranztaltern von Hochschulen und den Bewaltern der neuen Bücher- und Verkaufsstellen, sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen.

Den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung, die sich ja auch unter den Standesgenossen des Herrn Dr. Fianntsch zahlreich vertreten finden, halten wir folgende Worte aus seiner Broschüre entgegen:

„Dem Kenner der modernen Arbeiterverhältnisse wird dies genommene Resultat nicht überraschendes bieten, ihm aber von Neuem die Bestätigung liefern, daß die Gewerkschaftsorganisation in jeder Weise die Elite der deutschen Arbeiterschaft repräsentieren und daß sie nach besten Kräften wie für geistige, so auch für eine ständige Hebung der Arbeiterschaft wirksam sind, darum aber auch die in immer bedenklicherem Grade einwirkende Vereinsthümer und Vergünstigungsmaßnahmen am entscheidendsten bekämpfen, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß und auch aus den immer wiederkehrenden Klagen der Gewerkschaftsbibliothek hervorgeht. Ich halte deshalb als wichtigstes Ergebnis dieses Abchnittes unbedingt den Satz auf, daß jede Förderung der freien Arbeiterorganisation zugleich eine Förderung des arbeitslosen und stützlosen Arbeiters der deutschen Arbeiterschaft bedeutet. Vom Standpunkte des für diese Ziele interessierten Volkstums freundschaftlich entscheidend genug gegen die immer wiederkehrenden Versuche, die Wirksamkeit der Arbeitervereine durch Umsturz- und Justizausvorlagen einzugehen oder lahmzulegen, protestiert werden.“

Das sind aus dem Munde eines Geistes nicht gewöhnliche Worte. Welche Wirkung sie in Schwaben freisen und unter den Lesern des heute noch im Saale befindlichen Neumes über werden, werde dahingestellt. Es wäre in unserer Zeit schon viel, wenn das lebenswerte Buch seinem Verfasser keine Mahnung einbrächte. (Vorwärts.)

Städtische Arbeitelöhne in der Schweiz.

Der Winterthurer Stadtrat hat in seinen Geschäftsberichten d. v. letzten Jahre bemerkenswerte Mitteilungen über die Lohnverhältnisse der im Dienste des städtischen Baunamtes stehenden Arbeiter gemacht, die auch für weitere Kreise Interesse haben, namentlich auch deshalb, weil nach und nach in die deutschen Städteverwaltung eine auch arbeitereundliche Sozialpolitik Eingang findet, in der Hauptache veranlaßt durch den Einfluß sozialdemokratischer Vertreter in die städtischen Repräsentativbehörden. So ist es übrigens in der Schweiz. Seit jenem Sozialdemokraten in den städtischen Behörden sitzen, ist auch der städtischen Arbeiter gedacht worden, so Zürich, Winterthur, Bern, Biel, Basel, Kaufmann etc. In allen diesen und anderen Gemeinden wurde meistens der Repräsentant und ein Minimallohn, vordem für gelehrte und ungelernete Arbeiter und verschieden von Ort zu Ort, eingeführt.

In Winterthur trat die neue Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter im April 1896 in Kraft. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt des Jahres zehn Stunden, d. h. sie ist etwas länger im Sommer und etwas kürzer im Winter. Der Stundenlohn wurde im Minimum auf 40 Rappen (= 32 Pf.) festgelegt, daneben aber in das bezügliche Reglement noch der Vorbehalt aufgenommen, daß „für geringe Leistungen der Stundenlohn niedriger als zum ordentlichen Minimallohn angelegt werden könne und zwar in Abhängigkeit von 40 zu 35 und 30 Rappen.“ Seitdem gestalten sich die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter in Winterthur folgendermaßen:

Gelernte Arbeiter:	März 1896	März 1897	Dezbr. 1898	Januar 1899	März 1900
	Rapp.	Rapp.	Rapp.	Rapp.	Rapp.
im Maximum	50	53	55	55	55
im Mittel	44	46½	46½	51,4	50
im Minimum	36	40	40	48	45

Ungelernte Arbeiter:	März 1896	März 1897	Dezbr. 1898	Januar 1899	März 1900
	Rapp.	Rapp.	Rapp.	Rapp.	Rapp.
im Maximum	35	40	48	45	45
im Mittel	32½	36	38,1	34,9	39
im Minimum	30	32	35	35	30

Dazu wird bemerkt, daß für dringende Nachtarbeit im Abnahmeweise der Arbeiter pro Stunde 1,20 Fr. erhalten, wofür im Jahre 1898 an 13 Arbeiter 519,20 Fr. ausbezahlt wurden.

Im Bericht für 1898 ist eine vergleichende Tabelle über die Tagelöhne in acht Schweizerstädten mitgeteilt. Danach erhalten die städtischen Arbeiter Tagelöhne:

Ort	Zahl der Arbeiter	Gelernte Arbeiter:		
		Maxim.	Minim.	Durchschn.
Winterthur	5	5,50	4,80	5,15
Zürich	24	6,50	4,70	5,60
Basel	10	5,—	4,—	—
Bern	27	5,50	4,20	—
Neuenburg	11	7,20	5,50	5,90
Chaux-de-Fonds	9	5,—	3,65	4,—
Biel	2	52 Rpp. pr. Std.	—	—
Freiburg	15	3,—	2,50	2,60
Ungelernte Arbeiter:				
Winterthur	63	4,50	3,50	3,90
Zürich	238	5,—	4,—	4,27
10 Knaben	—	3,50	2,90	2,85
Basel	165	4,35	3,65	—
Bern	80	4,—	3,20	3,65
Neuenburg	37	4,60	3,90	4,40
Chaux-de-Fonds	59—150	40 Rpp. pr. Std.	30 Rpp. pr. Std.	3,80
Biel	30—80	34 Rpp. pr. Std.	32 Rpp. pr. Std.	3,50
Freiburg	8	2,50	2,50	2,50

Darnach erhalten die gelehrten Arbeiter die höchsten Löhne in Neuenburg, sodann in Zürich; in Bern und Winterthur sind die Lohnverhältnisse ziemlich gleich, in letzterer Stadt das Minimum um 60 Rappen höher als in ersterer; ähnlich verhalten sich Basel, Chaux-de-Fonds und Biel, während in den katholisch-frommen Freiburg die niedrigsten Löhne gezahlt werden, die unter aller Kritik ist. Ein höchster Tagelohn von nur 3 Fr. für gelehrte Arbeiter bedeutet eine solche Missachtung der Arbeit, daß er geradezu als eine Schande für ein städtisches Gemeinwesen bezeichnet werden muß. Und in demselben Freiburg wirkt der vorerwähnte ultramontane Sozialpolitiker Dr. Beck als Professor an der katholischen Universität. Rühmter er sich um diese Verhältnisse nicht oder hält er in Hungerlohn von 2,50 bis 3 Fr. für genügend? Die bürgerlichen Sozialpolitiker treiben eben nur meistens in der Theorie, d. h. mit bloßen Worten, Sozialpolitik, die arbeiterfreundliche Sozialpolitik der Praxis, d. h. der That, ist ihnen zu weitgehend. Auch die katholischen Arbeiterorganisationen, deren es in Freiburg mehrere gibt und die bisher immer ein Ergänzchen der sozialdemokratischen Organisationen verhielten, kümmern sich um solche wichtigen Angelegenheiten nicht.

Ein Vergleich der Zahlangaben, betreffend die beschäftigten gelehrten und ungelerten Arbeiter zeigt, daß letztere in allen Orten bedeutend überwiegen, mit Ausnahme von Freiburg, wo die gelehrten Arbeiter in größter Zahl beschäftigt sind. Auch bezüglich der Löhne der ungelerten Arbeiter stehen die acht Städte ziemlich in der gleichen Reihenfolge, wie in Bezug auf die Löhne der gelehrten Arbeiter. In Freiburg erhalten die Ungelernten den gleichen Durchschnittslohn wie die Gelehrten, nämlich 3,50 Fr.

In dem jüngst erschienenen Berichte von 1899 werden zur Vergleichung mit den Winterthurer Lohnverhältnissen noch diejenigen in St. Gallen zum Vergleich herangezogen. Danach betragen dieselben die Tagelöhne für die 6 gelehrten Arbeiter 5,50 Fr. im Maximum, 4 Fr. im Minimum und 4,70 im Durchschnitt; für die 50 bis 55 ungelerten Arbeiter 3,80 Fr., 3,20 Fr. und 3,50 Fr. Die Differenz der Löhne für die beiden Arbeiterkategorien ist auch hier eine bedeutende, und mit ihrem Ueberhang steht die Stadt St. Gallen hinter Neuenburg, Zürich und Winterthur zurück.

Zu den in anderen Schweizerstädten geübten Löhnen an die städtischen Arbeiter bemerkt der Winterthurer Stadtrat in seinem Berichte: Mündliche Erkundigungen haben ergeben, daß diese Angaben nicht immer ganz richtig beantwortet werden und daß Verhältnisse hinzukommen, die in den einzelnen Städten sehr verschieden sind. So beschäftigt z. B. Bern 30 alte Frauen mit einem Tagelohn von 2,50 Fr., Zürich 10 Knaben etc. Im Allgemeinen ist zu konstatieren, daß die Hausarbeit in Winterthur zu den bezüglichen der Schweiz gehören. Ziehen wir in Betracht, daß eben immer noch fast eine ganze Anzahl von Altersvergangenheit mit dem Hausarbeit verbunden werden muß, so erscheinen die bezüglichen Löhne im Vergleich mit viel reicheren Städten, wie Basel und Bern, doch gering. In allen Schweizerstädten werden die Hausarbeiten von ihren unmittelbaren Vorgesetzten angeleitet und entlohnt; in Winterthur steht dies nur dem Hausamtmann (dem Ueher des Baunamtes, welcher Mitglied des Stadtrathes ist) zu.

Wir wollen zugeben, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in Winterthur nicht gerade schlecht sind; aber gegenüber der Selbstständigkeit, mit der sie in vorstehenden Aufzählungen als „doch genug“ bezeichnet werden, ist doch zu sagen, daß diese Auffassung und Beurteilung sehr einseitig ist. Man frage einmal die Arbeiter und sie werden darüber bei der theuren Lebenshaltung in Winterthur jedenfalls eine andere Meinung äussern. Der Winterthurer Bericht macht jedoch noch einige weitere Detailangaben über die Verhältnisse der städtischen Arbeiter. Danach waren Ende März 1900 im Ganzen 70 Mann im Tagelohn beschäftigt, welche folgende Stundenlöhne bezogen:

1 Mann 55 Rp.	3 Mann 41 Rp.
1 - 52 -	1 - 41 -
1 - 50 -	36 - 40 -
1 - 48 -	2 - 38½ -
2 - 45 -	14 - 35 -
1 - 43 -	1 - 30 -

Der Gesamtdurchschnitt des Stundenlohns beträgt 40,1 Rp., die Zahl der gelehrten Arbeiter 5, der ungelerten Arbeiter 65.

Ueber das Alter derselben werden folgende Mitteilungen gemacht:

25 bis 30 Jahre	5
30 - 40 -	25
40 - 50 -	50
50 - 60 -	40
60 - 70 -	5
70 - 80 -	9
80 - 89 -	3
90 - 99 -	6

Das durchschnittliche Alter eines Arbeiters beträgt 52,7 Jahre. Von 70 Arbeitern stehen 50 im Alter von 50 bis 75 Jahren. Die Mehrzahl dieser alten Männer, sagt der Stadtrat, „ist fleißig und pflichtgetreu. Unzureichende Kräfte giebt es bei den jüngeren so viele wie bei den älteren. 6 Arbeiter stehen im Alter von 70 bis 75 Jahren.“

Zeigen diese Verhältnisse, welchen guten und wirksamen Einfluß zu Gunsten der städtischen Arbeiter in den städtischen Behörden die Arbeitervertreter ausüben können, so zeigen sie aber in anderer Richtung auch das, was hier noch zu thun ist und um so leichter mit aller Aussicht auf Erfolg gethan werden kann, als über die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Minimallohne kein Zweifel mehr besteht. Alle städtischen Verwaltungen sind mit den damit gemachten Erfahrungen durchaus zuvrieden. Winterthur. D. Zimmer.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Stöbig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Poersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25, Portal III.** Sprechst. von 10—12 Uhr Vormittags. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandsassistent: **P. Hoffmann, Berlin N. 58, Eresowstr. 48.** Alle Korrespondenzen, Anfragen etc. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ bestimmt, sind nur an den Verbandskassier zu richten.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an **Dr. Poersch.** Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin S.O., Lankwitzstraße 31.**

Zur gef. Beachtung! Die Filialen-Vorstände und Verbandskollegen, welche noch im Besitz der „Gewerkschaft“ Nr. 25, IV. Jahrgang 1900 sind, ersuchen wir, uns dieselbe überfösend zu wollen, da die betreffende Nummer uns fast gänzlich ausgegangen ist. **J. A. Dr. Poersch.**

Korrespondenzen.

Berlin Ia. (Wassanalst IV, Danzigerstraße). Die am Dienstag, den 11 d. M., stattgehabene Mitglieder-Versammlung der Filiale Ia wurde Abends 8½ Uhr vom Vorsitzenden eröffnet.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Unser Streikreglement (Urabstimmung). 2. Diskussion. 3. Bericht dieses.

Zum 1. Punkt erhielt Kollege Gupp das Wort. Derselbe führte aus, daß der Verbandsvorstand sich durch die Bremer Formvorschlüsse genötigt gefühlt habe, ein anderes Streikreglement als das bisher bestehende herauszugeben. Hieran entpau sich eine lebhafteste Debatte. Die meisten Redner verurteilten die vierwöchentliche Frist beim Austritt eines Streiks; sie meinten, bei ähnlichen Maßregelungen und unzureichender Entlohnung ist es doch noch schwerer halten, erst die Arbeitseinstellung zu anzunehmen. Nachdem die Abstimmung vollzogen war, wurden die Statuten der Hauptversammlung vorgelesen und beantragt, den Vorstand zu ernennen, dahingehend eine stützliche Veranlassung hinsichtlich zu lassen, damit die Mitglieder, die in der 1. Versammlung nicht erschienen konnten, über den Zweck und Nutzen des Genossenschaftswesens aufgeklärt werden.

Nachdem noch ein bevorstehendes Ereignis besprochen und hierzu ein Komitee von 7 Personen gewählt wurde, kamen noch verschiedene Angelegenheiten der Filiale zur Sprache. Dieselben sollten wegen der vorgerückten Zeit in der nächsten Versammlung diskutiert werden. Der Vorsitzende schloß gegen 11½ Uhr die Versammlung.

Berlin III. Die Versammlung am 15. Dezember 1900 war sachlich beachtlich. Auf der Tagesordnung stand:

1. Abstimmung über die vom Verbandsvorstand in der Gewerkschaft veröffentlichte Vorlage betreffend eines Reglements für Lohnbewegungen, Maßregelungen und Arbeitsunterstellungen. Hölz erhielt zu dem Punkt das Wort und führte den Mitgliedern die Gründe an, warum das Reglement vorschlägt werden sollte, und kam er hierbei hauptsächlich auf die Bremer Streik zu sprechen. Die Vorlage wurde mit 20 Stimmen angenommen.

2. Die Lohnaufgabe. Ueber diesen Punkt der Tagesordnung sprachen mehrere Mitglieder. Da aber der Arbeitsausgang noch nicht eingetreten war, konnte ein einstimmiger Beschluß nicht gefaßt werden, weil noch nicht bekannt war, wie viel von den Forderungen der Arbeiter bewilligt worden ist.

3. Wasfenball und Wahl des Organisationskomitees. Kollege Volkman führte an, daß ein Wasfenball am 19. Januar 1901 im „Ginnung“ arrangiert werden soll und es notwendig sei, dazu ein Komitee zu wählen. Es wurden die Kollegen Plümke, Volkman, Wagner und Schmidt gewählt, welche den Posten als Organisationskomiteemitglieder auch annehmen. Ferner bewilligte man auf Antrag des Kollegen Rypke den Komiteemitgliedern drei Viermarken.

4. Sache Tillad. Es wurde der Antrag gestellt, den Vertrauensmann Tillad seines Postens zu heben, da derselbe den Interessen des Verbandes entgegen handelt, was auch einstimmig angenommen wurde.

5. Bericht über die Aushängung der Berliner Hiltale. Ueber diesen Punkt sprach Kollege Fiebig.

6. Bericht Ledens. Der Schriftführer, Kollege Volkmann, erhält zuerst das Wort dazu. Derselbe kommt auf § 4 Absatz 6 zu sprechen. Er spricht seine Bewunderung darüber aus, daß der Absatz nicht nach dem Antrage der Hiltale angenommen worden ist, da doch ein arbeitsloses Mitglied ebenso wenig im Stande sei, seine Beiträge zu entrichten, wie ein krankes und daß nach Verlauf von drei viertel Jahr noch nicht ein Protokoll von der Generalversammlung der Hiltale ausgegangen ist. Er meint weiter, eventuell soll eine Anfrage an sämtliche Hiltale gerichtet werden betreffs Zustimmung über § 4 Absatz 6. Ferner theilt Volkmann mit, daß sich mehrere Kollegen vom Wasserwerke Vichtenberg als Mitglieder der Hiltale angeschlossen haben und spricht sich sehr schärf über das Verhalten des Verbandsvorstandes betreffs der eingegangenen Hiltale Vichtenberg aus. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Fiebig, vertritt den Vorstand, und führt an, daß derselbe nicht eher Schritte dazu thun will, bis sich die Arbeiter von Vichtenberg selbst an den Vorstand wenden. Kollege Volkmann tritt der Ansicht sehr schärf entgegen und bemerkt, daß den Hiltalen dieser Formulare zugehen, wo dieselben aufgeführt werden, reger zu agitieren, und der Verbandsvorstand das eine Wort so vernachlässigt und warten will bis die Arbeiter sagen, jetzt wollen wir wieder dem Verbandsvorstand betreten. Der Verbandsvorsitzende scheint auch jetzt keine Zeit dazu zu haben, da er sich mit Häuserbau beschäftigt. Auf seinen Antrag wird Kollege Fiebig als Vertrauensmann für Vichtenberg und Kollege Fiebig für Berlin gewählt. Die Versammlung am 15. Januar fällt aus.

Der Vorsitzende schließt 11 1/2 Uhr die Versammlung. Anmerkung des Verbandsvorsitzenden: Der Kollege Volkmann überhört mich nicht, sonst nicht mit Veranlassung der Verurteilung und dafür können wir uns schon einmal den Luxus erlauben und ihm auf seine „Anklagen“ gegen den Verbandsvorstand antworten. Daß Kollege Volkmann unsere Veranlassung nicht ist, dafür können wir nicht. Während er sie lesen, so müßte er wissen, daß in Nr. 10 und 11 der „Gewerkschaft“ ein ausführliches Protokoll über die Generalversammlung erschienen ist. Ferner — trotzdem Kollege Volkmann schon mehrere Jahre dem Verbandsvorstand angehört, scheint er über die Aufgaben des Verbandsvorstandes doch noch sehr wenig unterrichtet zu sein. Sonst hätte er seine Ausführungen betreffs Vichtenbergs nicht machen können. Vichtenberg ist ein Berliner Wasserwerk! Nun achört es gar nicht zu den Aufgaben des Verbandsvorstandes, sich um jede einzelne Abteilung eines städtischen Betriebes zu kümmern; das ist u. d. v. eine Aufgabe der örtlichen Hiltalenorganisation. Wir lassen uns sehr gern belehren. Will nun Kollege Volkmann die Güte haben und uns baldig mitteilen, wie wir uns um jedes einzelne Werk in Potsdam, Griebenberg, Mainz, Magdeburg u. s. w. kümmern zu sollen? Eine solche Handhabung besteht in keiner gewerkschaftlichen Organisation. Wollten wir das thun, so müßten wir mindestens 20 Beamte in der Zentralleitung zu legen haben. — Oder verlangt Volkmann eine Entschädigung für sich? — Der Verbandsvorsitzende wird jetzt die Hiltalen unterrichten, soweit dieses in seinen Kräften liegt! Auch betreffs Vichtenbergs hat er dieses in reichem Maße getan, obgleich die Herren in Vichtenberg das am allerwenigsten wert sind. Die frühere Hiltale Vichtenbergs hatte nämlich eines guten Tages den Verbandsvorsitzenden, das Hiltalenkongress zu veranstalten und die Hiltale auszuwählen, was auch geschah. Da der Verbandsvorsitzende annahm, daß die Herren in Vichtenberg diesen Beschluß schon in einem ganz besonderen Zustande gefaßt hätten, so wandte er sich vor der Zeit an mehrere Vichtenberger Mitglieder. Alle Forderungen kamen jedoch mit dem Vermerk zurück: „Adresse! verweigert die Annahme des Briefes.“

Da sagten wir uns ganz selbstverständlich, daß es geradezu eine Sünde wäre, für die Vichtenberger noch einen Finger zu rühren. — Wenn Volkmann weiter meint, der Verbandsvorsitzende habe keine Zeit, da er mit Häuserbau beschäftigt ist, so möchten wir Herrn Volkmann raten, doch zusehends nicht über Dinge zu reden, von denen er gar nichts versteht. Volkmann hat unseres Wissens nach keine der Versammlungen besucht, die sich um die Wohnungsfrage beschäftigten, weiß daher auch gar nichts, um was es sich handelt. Außerdem hat der Verbandsvorsitzende sich noch nicht einmal 1 Stunde mit der fraglichen Materie beschäftigt, das macht die Annahme schon sehr fragwürdig. Kollege Volkmann! Sind Sie nun befriedigt?!

Sitzung. Am 1. Dezember bieten die in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter eine öffentliche Versammlung im Gubitzer Hof ab. Zu Punkt 1 referierte Kollege Buchardt über das konstitutionelle System in Fabrikbetrieben; er kam auch auf die Arbeiterauschüsse zu sprechen und empfahl, in nächster Zeit nochmals den Rath der Stadt Vorpommern in Einführung derselben in allen städtischen Betrieben anzugehen. Sämtliche Redner sprachen sich in der Diskussion in diesem Sinne aus. Darauf erläuterte der Parteileitende Kollege Neumeyer Bericht über die Tätigkeit des Parteilites. Den größten Theil der Sitzungen haben die Vorbewegung der Arbeiter und der Fabrikarbeiter ausgenutzt. Die ausgebrochenen Streitigkeiten zwischen den Verbandsmitgliedern und der „Veipziger Holzzeitung“ sollen in

einer Spezial-Versammlung, zu welcher sämtliche Gewerkschaftsführer geladen sind, erörtert werden.

Im Gewerkschaftsrat wurde bekannt gegeben, daß sich die nächste Versammlung mit der Einführung der für den 1. Februar 1901 in Kraft tretenden Strafselbstreglement beschäftigen wird.

Der Antrag, einen vermaligten Kollegen mit 20 Mk. zu unterstützen, fand Annahme.

Zum Schluß weist der Vorsitzende noch auf den schwachen Besuch der Versammlung hin und ermahnt die Anwesenden, in Zukunft für eine regere Betheiligung zu agitieren.

Mannheim III. Wie im vorigen Jahre, so fand auch in diesem Jahre wiederum am 2. Weihnachtstertag die Feier unseres Weihnachtsfestes mit einer Gabenverlosung sowie einem und letztem Vortrag im Lokal „Prinz Max“ statt. Der Besuch des Festes war ein sehr guter und konnten wir deshalb auch mit einem Reingewinn von 54 Mk. abschließen. Punkt 7 Uhr nahm Kollege Sotha das Wort zur Freude und erläuterte in kurzen Zügen die Bedeutung des Weihnachtsfestes, das schon vor vielen Jahrtausenden von unseren Vorfahren gefeiert wurde. Es war das Fest der Winterkonnerven, welches durch Friedensfeier u. s. w. seine höhere Weihe empfing. Heute soll es das Friedensfest sein. Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Dabei hat die ganze zivilisierte Welt in Waffen, da sehen wir den grausamen Erster Weltkrieg, den Ausbruch nach China; ist da das Wort Friede, das von der Angel hängt, nicht ein blutiger Joch. Nehmer erinnerte ferner daran, daß wir vor einem Jahr einen erbitterten Kampf zu führen hatten betreffs des Neujahresfestes der Arbeiter. Das rigorose Verbot wurde rückgängig gemacht, die Arbeiter bekamen außerdem noch eine Vorkaufgabe und heute fehlen sie in unseren Reihen. Zum Schluß wies Kollege Sotha noch darauf hin, welche schöne Bild unsere Jahresthelle aufweist: wir sehen Judeitene, Straßenkehrer, Handwerker, Musikanten vereinigt, ohne U-berhebung, ohne den leidigen Antisemitismus. Ein Bild, das keine Gewerkschaft am Plage aufzuweisen hat. Mit einem kräftigen Appell, auch den letzten Mann für den Verband zu gewinnen, schloß Redner unter anbauendem Applaus. Auch die Eingelungenen fanden reichlichen Beifall, besonders die feinsinnigen Vorträge der Kollegen Bauer, Weber und Gen. Alles in Allem ist das Fest als ein durchaus gelungenes zu betrachten, kein Miston machte sich bemerkbar. Möge es uns ein gutes Omen sein, möge es der Hiltale die Kraft, die Energie und Ausdauer bringen, die nöthig ist, um einen Kampf nach jeder Richtung erfolgreich durchzuführen, zum Wohle unserer Verbandsmitglieder.

So, Mann der Arbeit, sollst Du feste feiern.

Eingesandt.

Ein sonderbarer Heutiger scheint der Voller Kaderger von der Gasanstalt IV (Danzigerstraße) zu sein. Wird das Geld für die Feuerungsmaterialien an den oben genannten Herrn abgeteilt, dann nimmt der Herr Voller von seinen Arbeitern nur 50 Pfennigstücke entgegen. Marzdill: sowie Kaderger weiß derselbe mit aller Entschiedenheit zurück. Warum? Jedemfalls kennt der Herr Voller kein ander Geld. Ueberhaupt glaubt derselbe, einen gewöhnlichen Arbeiter so recht malträts behandeln zu müssen. So hatte der betriebl. Herr neulich eine flache Blettermaße gerufen und stellte die bis zur Hälfte geleerte Maschine auf das Fensterbrett. Nach einer Weile war die Maschine verschwunden. Nun beauftragt er einen Arbeiter aus der Regulatorie mittels einer Karte dieselbe zu suchen. Als der betriebl. Arbeiter die Maschine nicht finden konnte, verließ sich der Herr Voller auf der sechsten und höchst beleidigenden Äußerung: „Nunter Dy-Suben, die Verbandsbrüder!“ Anstatt den Verbandsbrüder zu danken, daß sie durch ihre Vorkämpfer auch den Vobst des Herrn Vollers mit in die Höhe gebracht haben, steht der betriebl. Herr bei der geringsten Kleinigkeit nicht nur über die Verbandsmitglieder her, sondern beleidigt dieselben noch in unverkennbarer Weise.

Ein Verbandsmitglied der Hiltale Berlin Ia.

Aus unserem Beruf.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Dem Kollegen Koblhardt, welcher beim Kohlenkutschensamt der Gasanstalt beschäftigt war, ist unter Umständen gekündigt worden, welche einer Minderzahlung sehr ähnlich sieht. Schon seit etwa 5 Wochen und sowohl von Seiten des Werkmeisters Vinkle sowie auch von dem Küstler Hohlrich verschiedene Zettelchen vorgekommen. Entweder hätte Koblhardt zu wenig getan oder er sonst jemand etwas in den Weg gelegt; sei wurde ihm gesagt, die Arbeit sei keine Veranlassung, hier dürfte er nicht das große Wort führen. Am Montag, den 16. Dezember, Morgens ist nun Vinkle mit der an dem Arbeitstage erschienen und hat die Karte vorgelegt, welche Koblhardt wieder den ganzen Vormittag dieses Herrn zu erdulden Koblhardt u. s. d. v. gegen die sich nicht erheben, bevor Sie uns denartig beistimmen. Das war nach der Ansicht des Werkmeisters nicht gesagt; ein Wort das das andere wiederum wurde Koblhardt nach einer anderen Karte übergeben. Das zweite aber dem Herrn Vinkle noch nicht nachmittags gegen 4 Uhr sagte Koblhardt auf welchem derselben die Arbeit nicht ist und nach am nächsten Tage auf dem Bureau melden, die Karte bekam er aber nicht bezahlt. Gleichzeitig forderte Vinkle den Kolonnenführer an, so lang beim Wagen und dem Werkzeuge zu bleiben, bis Koblhardt gegangen wäre. Jedemfalls glaubte Vinkle

durch diese Provokation würde sich Koblhardt zu einer strafbaren Handlung oder zu Beleidigungen hinreißen lassen; offenbar war noch kein Grund, um eine Entlassung resp. Kündigung zu rechtfertigen, vorhanden. Koblhardt hatte nur gesagt, er verlange die Zeit bezahlt, welche er wegen der Sache verdaume. Auf dem Bureau ist dann dem Koblhardt wegen ungebührlichen Benehmens gegen einen Beamten gekündigt worden. Als sich Koblhardt auch hier gegen die Anschuldigungen des Werkmeisters verteidigte, wurde ihm vom Ingenieur gesagt, so etwas dürte er einem Vorgesetzten gegenüber nicht sagen. Auch Herr Bauath Dasse, bei welchem Koblhardt nun vorstellig wurde, äußerte sich selbst dahin, daß das Vorkommnis, wie es Koblhardt darstellte, kein triftiger Grund zur Entlassung desselben wäre. Koblhardt sei ihm immer als widerwillig gekündigt worden, demzufolge halte er die Kündigung aufrecht.

(Anmerkung der Redaktion: Die hier geschilderte Handlungswiese von Seiten der Beamten des Dresdener Tiefbauamtes einem organisierten Arbeiter gegenüber, beleuchtet wieder einmal auf das Glanzstück, wie es in Sachen mit dem Koalitionsrechte der Arbeiter besteht ist. Unter dem Deckmantel aller möglichen und unmöglichen Vorwände befehligt sowohl das Unternehmertum sowie auch die Behörde sich der organisierten Arbeiter zu entledigen und wirtschaftlich zu ruinieren.

Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der kädtischen Berliner Wasserwerke. Nachdem im Frühjahr dieses Jahres von der Direktion der in wiederholtem Petitionieren geforderte Arbeiter-Ausschuß bewilligt und die Mitglieder zu demselben gewählt worden waren, stellten die Arbeiter-Gruppen der Wasserwerke an die Direktion folgende Forderungen:

1. 20 Proz. Vobnerhöhung.
2. Abschaffung der Affordarbeit.
3. Sonnabend soll eine Stunde früher Feierabend sein.
4. Ueberstunden und Nacharbeit sollen doppelt bezahlt werden.
5. Feiabung der Feiertage.
6. Sommerurlaub.
7. Verkürzung der Arbeitszeit.

Diese Anträge wurden der Direktion vom Arbeiter-Ausschuß in der Sitzung vom 2. August vorigen Jahres unterbreitet.

Von diesen Forderungen ist die Vobnerhöhung bewilligt worden und am 8. Dezember zum ersten Male zur Auszahlung gelangt.

Bezüglich der Forderung des früheren Feiertages an den Sonnabenden hat sich die Direktion ablehnend geäußert, der Magistrat von Berlin fühlte keine Veranlassung, seinen Arbeitern auf diese Weise entgegen zu kommen.

Ueberstunden und Nacharbeit werden nicht, wie gefordert, doppelt bezahlt, weil die Löhne erhöht worden sind.

Aus demselben Grunde werden Feiertage nicht bewilligt. Sommerurlaub kann deswegen nicht gewährt werden, einige weil im Sommer die Arbeit dringender ist. Die Arbeiterzeit wird wie in der Arbeitsordnung festgesetzt, unangehalten.

Die Ausschuß-Mitglieder sprachen in der am 19. Dezember von Herrn Essner einberufenen Sitzung demselben über Bedauern darüber aus, daß die meisten Wünsche der Arbeiter abgelehnt worden sind, trotzdem seien sie der Ueberzeugung, daß später doch in diesen Punkten Besserung geschaffen werde. Die Vobne sind jetzt folgende:

1. Kolonnenarbeiter:	
früher	jetzt
1. Jahr 31 Pf. Stundlohn.	1. Jahr 35 Pf. Stundlohn.
2. " 32 " " "	2. " 38 " " "
3. " 33 " " "	3. " 39 " " "
4. " 34 " " "	4. " 40 " " "

2. Klopfer und Wagenleute:	
früher	jetzt
von 36-37 Pf. Stundlohn.	1. Jahr 43 Pf. Stundlohn.
	2. " 44 " " "
	3. " 45 " " "
	4. " 48 " " "

Hobreinleger und Absteifer haben meistens 40 Pf. Stundlohn und bekommen 41-43 Pf. nach 7 Jahren, ebenso die Memmänner.

3. Handwerker:	
früher Lohn	jetzt
schwächer zwischen 40 bis 50 Pf. pro Stunde.	1. Jahr 45 Pf. Stundlohn.
	2. " 50 " " "
	3. " 53 " " "
	4. " 58 " " "

Handwerkergehilfen erhalten 46 Pf. Stundlohn. Kolonnenführer 52-65 Pf. Tageslohn 35 Pf., Sonntags 40 Pf. Nachwächter 4 Pf. pro Nacht, früher 3,80 Pf.

Die Kolonnenarbeiter daten solange eine Stunde täglich Verfügung für Holzgeld, dieselbe ist jetzt weggefallen.

Die Abschaffung der Affordarbeit geschieht nicht, weil dieselbe noch in den meisten Fabriken und größeren Werken besteht.

Die Vobnerhöhung schwankt also zwischen 10-20 Proz.

Im Mainzer Stadtverordneten-Kollegium berichtet kürzlich der Stadtverordnete Jean Füll über den Antrag auf Abgabe von Kohlen an städtische Arbeiter. Am Vande der D hatte erklärte der Oberbürgermeister, daß er nicht dagegen einzuwenden habe, wenn die Stadt als Abnehmer über ihren Arbeitern die Kohlen zum Selbstkonsumption überlasse. Der Antrag des Finanzausschusses, von einer Abgabe von Kohlen prinzipiell Abstand zu nehmen, wurde zuletzt mit 90

Majorität abgelehnt. — Zum Schlusse kam die Arbeitsordnung für die in den südlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter nach einmaliger kurzer Beratung. Verschiedene Wünsche der hiesigen Gewerkschaften wurden in der Arbeitsordnung berücksichtigt, sodass diese nunmehr dem Ministerium zur Genehmigung unterbreitet werden kann.

Die Stadt Chemnitz und ihre Arbeiter. Als unglücklich die Stadtorbunternehmer einem Ratsoberbeschlusse beizutreten, nach welchem einem Waldwärter, der seit 1871 im Dienste der Stadt Chemnitz gehandelt, von seinem Dienstvertrage auf eine wöchentliche Ruheunterstützung von 6 Mk. bewilligt wurde, machte der Stadtorbunternehmer Berger darauf aufmerksam, dass der Rat durch diese Vorlage gewissermaßen im Prinzip anerkannt hat, dass auch für diejenigen südlichen Angestellten, welche noch nicht pensionsberechtigt sind, also insbesondere die südlichen Arbeiter, dann gefordert werden muss, wenn sie ihre Kräfte im südlichen Dienste verbraucht haben, und sprach den Wunsch aus, der Rat möchte recht bald ein Regulativ ausarbeiten, nach welchem den bisher nicht pensionsberechtigten südlichen Angestellten und Arbeitern sowohl ein Übergelde ausgesetzt, als auch in entsprechender Weise für deren Hinterbliebene gefordert werde. Viele Städte hätten das schon getan und aus dem Grund sei verpflichtet, dem sozialen Fortschritt auch kleinen Tributen zu folgen. Herr Bürgermeister Gerber meinte zwar, aus dieser Ratsoberlage sei diese allgemeine Berücksichtigung nicht herzuleiten, da es sich im vorliegenden Falle lediglich um Zubilligung einer sogenannten Ruheunterstützung handele. Im Uebrigen aber stimmte er Herrn Berger darin vollständig bei, dass es an der Zeit ist, daran zu denken, inwiefern wir in Chemnitz vielleicht einzelnen Klassen der nicht pensionsberechtigten südlichen Bediensteten die Gewährung einer Ruheunterstützung im Falle des Alters oder der Invalidität regulativmäßig sichern. Der erste Schritt hierzu ist bereits insofern geschehen, als der Rat beschloss hat, die Erwdgung dieser Frage einem gemischten Ausschuss zu überweisen.

Bandschau.

Der Verband der Vorstandsmitglieder muß eine Abstimmung darüber veranlassen, ob die Verbandstags-Delegierten die als „Wahrgeld“ erhaltenen Gratifikationen an die Verbandskasse zurückzahlen sollen. Der Name „Wahrgeld“ in eine unglückliche Bezeichnung für eine an sich durch die höheren Steuern in Berlin notwendig gewordene Diätenzulage. Es kennzeichnet indes den heimlichen, nützlichen Geist, der sich dieser Angelegenheit als einer Staatsaktion d. mächtig und aus purer Macht haberei lieber die ganze Organisation in innerliche Zerwürfeln. Auch im Tabakfabrikorgan trug die radikale Arbeiterschaft ob der Diätenfrage hervor. Daß dies in Organisationen geschieht, die zur Zeit unter wirtschaftlichem Niedergedruck stehen, macht diese Vorkommnisse zwar erklärlich, aber nicht entschuldigbar, denn das hebt die Pflicht der Gesamtheit nicht auf, ihren gewählten Vertretern die auf Generalversammlungen verursachten Spesen zu vergüten. Um so mehr sollte aber darauf Rücksicht genommen werden, daß solche Auseinandersetzungen nur den Gegnern Stoff zu ihrem Gaudium liefern.

Zum Leipziger Skandal. Der Vermittelungsversuch, welchen der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unternahm, um die ausgedehnten Differenzen zwischen dem Verbandsbuchdrucker und der Leipziger Volkszeitung beizulegen, ist gescheitert. Während die Verbandsbuchdrucker den Vermittelungsvorschlag des Fraktionsvorstandes anerkannten, lehnte die Leitung der sozialdemokratischen Partei Leipzigs diesen nach Stimmlicher Manier ab.

In angehängt dieser Sachlage werden die gewerkschaftlichen Verbände zu verlangen haben, daß sich der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mit der Stimmlichen Betriebsweise der Leipziger Volkszeitung beschäftigen muß. Die gewerkschaftliche Bewegung darf es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß ihre Bestrebungen in der schändlichen Weise von der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung mit Füßen getreten werden und andererseits dieses Organ durch in Verhalten für unsere Gegner Waffen schmiedet.

Von Einem schreibt zu diesen Streitigkeiten in den „Sozialistischen Monatsheften“ Folgendes:

„Ob die Firma „Leipziger Volkszeitung“ oder Stumm u. Co. Recht hat, wer bei einer Arbeitsvermittlung welche erklärt wurde in Folge von Abregierungen wegen der politischen Meinung oder Thatsachen und welche beschloffen wurde durch die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Belegschaften, weiter arbeitet, wie dies die sozialistischen „Gewerkschaften“ in Leipzig thun, der ist ein Straßbender, und zwar einer der schlimmsten Sorte.“

Die Lage des Arbeitsmarktes. Daß die Lage des Arbeitsmarktes trübe ist, aber noch nicht ganz so schlimm, wie es nach den Arbeitslosenberichten allein scheinen möchte, zeigt sich, wenn man Arbeitsnachweise und Krankenfällen, soweit sie auf die Berücksichtigung der Berliner Fabrikanten dringt. Der Arbeitsmarkt ungeachtet und nebeneinander hält. Während an den Arbeitsnachweisen im November des vorigen Jahres um 100 offene Stellen sich 130,1 Arbeitsnachweise bewarben, drängten sich in diesem November 154,1 darum; bei den männlichen Arbeitstakten liegt das Angebot sogar von 144,4 auf 191,4. Ungeachtet in die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Listen der Krankenkassen in Berlin, Stuttgart, Frankfurt a. M. und wenn man von den Bauarbeitern absteht, auch in München im Laufe des November weniger gestiegen als im vorjährigen, oder gar noch ein wenig gesunken oder gleichgeblieben. Lediglich der allerdings gewaltige — Umstimmung in den südlichen Städten drückt auf die Gesamtziffer (0,8 p. Ct.)

Abnahme gegen 0,8 p. Ct. Zunahme im Vorjahr). Trübe Stimmungen und das Betreiben, sich ihrer zu erwehren, spiegeln sich auch in den Kursen der Börse wieder. Das politische bin, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, hat in der zweiten Hälfte des November an der Börse einer abwärtsdrückenden Stimmung Platz gemacht, bis in der ersten Woche des Dezember ein zu tiefes Gerabrüchen durch Bearbeiten der Kurse wieder forgiert wurde. — Arbeitslosigkeit wird aus einer großen Anzahl von Orten gemeldet, in größerem Umfange bereits aus Nürnberg, Dnadrück, München-Grabbach, den bergischen Industriezentren, auch aus Frankfurt a. O. und Braunschweig. Berichte von der dänischen und österreichischen Grenze zeigen, daß in den Nachbarländern sich ähnliche Umstellungen vollziehen. Die deutschen Verhältnisse zeigen eine wachsende Belebung mit wachsenden Arbeitslosen. An einzelnen Orten, wie in Ebersfeld und in Weimheim, haben sich bereits formale Notstandsarbeiten als notwendig gezeigt.

Schlichtung.

In der Nacht über die Vorgänge auf Gaswerk II (Güterstraße) im Nr. 27 der „Gewerkschaft“ ist in letztem ein Fehler unterlaufen, in dem wir irrtümlich Herr Dirigent Förstner, statt Herr Dirigent Müller v. schrieb.

Griefkasten.

Bezüglich der Anzeigen, die Wurm und Singer auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaften der Berliner Arbeiter durch die Bau genossenschaft der Berliner südlichen Arbeiter gemacht haben, müssen wir auf einige Anträge in mitteilen, daß wir in der nächsten Nr. zu denselben Stellung nehmen werden.

Abrechnung des Verbands-Vorstandes

für das 3. Quartal 1900.

Einnahme.		
Bestand vom 2. Quartal 1900	4216,69 Mk	
Einzugsgebet und Mitgliedsbeiträge der Filialen	3211,96	
	Summa	7428,59 Mk
Ausgabe.		
Fachzeitung „Die Gewerkschaft“ a Conto	820,-	Mk.
Druckkosten	281,50	
Agitation	499,35	
Gehalt des Sekretärs, des Kassiers, Entschädigung für Hilfskräfte	624,08	
Büro	242,53	
Gewährtegen-Unterstützung	35,-	
Bureaukosten	201,90	
Büroausgaben	37,50	
Sitzungsgelder	47,10	
Stempel	8,-	
General-Kommission	76,47	
Rechtschutz	184,75	
Vitteratur	10,05	
Direkt-Unterstützung	574,75	
Diverse	22,81	
Konferenzen	8,-	
	Summa	3668,79 Mk.

Abschluss.

Einnahme	7428,59 Mk.
Ausgabe	3668,79
	Reicht ein Vermögen von 3759,80 Mk.
	P. Posseltart, Verbandskassier.
	Revidiert und richtig befunden.
	Berlin, den 26. Dezember 1900.
	P. Schulz, A. Lehmann.

Zusammenstellung

über die Gesamt-Einnahme u. Ausgabe des Verbandes im 3. Quartal 1900.

Einnahme.		
Einnahme der Filialen	11054,36 Mk.	
Einnahme des Verbands-Vorstandes	4216,69	
	Summa	15271,05 Mk.
Ausgabe.		
Ausgabe der Filialen	2503,-	Mk.
Ausgabe des Verbands-Vorstandes	3668,79	
	Summa	6171,79 Mk.
Abschluss.		
Gesamt-Einnahme	15271,05 Mk.	
Gesamt-Ausgabe	6171,79	
	Reicht ein Vermögen von 9099,26 Mk.	
Davon in den Filialen	5589,46	
hat der Verbands-Vorstand	3759,80	

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können denselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Anmerkungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901 bei Hoyer, Breitenauer Allee. Abends 8 Uhr.
- Berlin II. (Mittel- und Westliche) Montag, den 14. Januar 1901, Kottbuser Damm bei Schulz.
- Berlin III. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin IV. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin V. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin VI. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin VII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.

- Berlin VIII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin IX. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin X. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XI. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XIII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XIV. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XV. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XVI. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XVII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XVIII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XIX. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XX. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXI. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXIII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXIV. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXV. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXVI. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXVII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXVIII. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXIX. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.
- Berlin XXX. (Mittel- und Westliche) Montag, den 25. Januar 1901, Abends 8 Uhr.

Dankagung.

Für die uns vielfach zum Jahreswechsel zugegangenen Glückwünsche sagen wir hiermit allen Gratulanten unseren herzlichsten Dank.

Redaktion und Verlag der „Gewerkschaft“.

Dankagung.

Sage hiermit allen Mitarbeitern und den Verbandskollegen der Filiale Tege, welche mich aus Anlass meines 25-jährigen Dienstjubiläums durch die vielen Beweise ehrender Anerkennung und Gratulationen beglückt haben, meinen verbindlichsten Dank.

Ludwig Gülow.

Filiale III. Berlin (Wasserwerks-Arbeiter).

Am Sonnabend, den 19. Januar 1901, im „Einkeller“, Vondoecker Allee 40 41:

Großer Wiener Masken-Ball.

Um 12 Uhr: Demaskierung. Nach derselben: Kaffeepause.

Während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 11 Uhr.

Die Versammlung am 15. Januar fällt aus.

Filiale Friedrichshagen.

Sonnabend, den 26. Januar 1901:

Großer Wiener Masken-Ball

im Restaurant „Einkeller“.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Um 12 Uhr: Demaskierung, Vorträge und sonstige Ueberraschungen.

Die Kollegen der Filiale Berlin, Charlottenburg und Tege sind hiermit besonders eingeladen.

Das Komitee.

Überall

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirisch- und Arbeiterblattes

Süddeutscher Postillon

übernehmen können. Günstige Bedingungen. Weitere Auskunft erteilt auf ges. Anfrage M. Ernst, Verlag, München, Zensurbericht 4

Verantw. Redakteur: Dr. Jorisch, Berlin, Unterfeldstr. 25. Druck von Maurer & Dimlich, S. Vossler-Str. 11.